Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 160 (1994)

Heft: 11

Vorwort: Die Armee ist kein Goldesel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Armee ist kein Goldesel

1. Anspruchsinflation von Entwicklungshilfeorganisationen

Angesichts der grossen Bundesdefizite können auch die Subventionen an die internationalen Hilfswerke nicht wie bisher weiterwachsen. Statt sich nun aber wie jeder verantwortungsbewusste Bürger nach der Decke zu strecken, eigene Sparmöglichkeiten auszuloten und das Budget entsprechend zu straffen, suchen 51 Hilfsorganisationen zusätzliches Geld im Militärbudget. Dass sie diese Mittel primär hier anfordern, erstaunt nicht: Sie wollen offen mit ihrer Aktion schon frühzeitig auf die entwicklungspolitische Bedeutung der beiden militärfeindlichen Initiativen «Für die Halbierung der Militärausgaben» und «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» aufmerksam machen, da nach der Annahme der Initiativen eine Schweizer «Entwicklungsmilliarde» zur Verfügung stehe. Sie mischen sich damit plump in die Innenpolitik ein und übersehen, dass doch in vielen Entwicklungsländern nur ein Unterstützungsbedarf herrscht, weil dort das stabilisierende Element einer glaubwürdigen Staatsmacht fehlt. Wollen diese Organisationen wohl, dass die militärfreundliche Bevölkerung in Zukunft ihre Anliegen nicht mehr unterstützt oder gar eine peinlich genaue Kontrolle ihrer oft auf schwachen Füssen stehenden Projekte verlangt? Es wäre ihnen doch wirklich gut angestanden, die aus eigenem Antrieb erfolgten Einsparungen des EMD anzuerkennen, die bisher verhindert haben, dass das Bundesdefizit und damit der Druck auf die Entwicklungshilfe nicht grösser ausgefallen ist.

2. Paradoxe Regierungspartei

Wenn es ums Sparen geht, denkt sie nur an das EMD, obwohl sie als Regierungspartei den Staat und seine Schutzorganisation, die Armee, eigentlich mittragen müsste. Offenbar sieht sie auch die ständig steigenden äusseren und inneren Risiken nicht, die nach wie vor die Existenz einer modern ausgerüsteten Armee bedingen und hofft offenbar, dass fremdes Militär uns indirekt schützen werde. Die Initianten der rechtlich unzulässigen Initiative auf Halbierung der Militärausgaben nehmen auch nicht zur Kenntnis, dass das EMD von sich aus seit 1990 bereits **real 22% Militärausgaben eingespart** hat, d.h. praktisch die Hälfte des anbegehrten Initiativziels.

Die Partei ist auch inkonsequent, wenn sie teils offen, teils diskret zugunsten der von Entlassung bedrohten **Arbeitskräfte in Militärbetrieben** auftritt. Dabei wird nicht nur für die schon arg gebeutelte Bevölkerung in den Bergtälern, sondern auch für Brig, Thun und sogar Bern geworben.

Ein weiteres Sparpotential ist jedoch weder bei der Ausrüstung noch bei den Instruktoren in der neuen Armee vorhanden. Die Ausbildung muss professioneller und die Ausrüstung wirksamer und damit teurer werden, wenn wir mit der kleineren Armee die nötige Schutzleistung für die vielfältigeren Risiken und Gefahren sicherstellen wollen. Die beim EMD noch mindestens einzusparenden **3000 Arbeitskräfte** werden daher vor allem Angestellte der Rüstungsbetriebe und der Logistik treffen, diese primär in Randgebieten, wo es schwierig ist, andere Arbeit zu finden. Die Armee aber künstlich grösser zu halten als es die verkleinerte Armee bedingt, können wohl auch die «Nager» am EMD-Kuchen nicht verantworten, oder?

Widersprüchlich ist die Haltung dieser Parteifunktionäre auch insofern, als sie die **Arbeiter von Waffenfabriken** schützen wollen, die wegen der Reduktion der Armee weniger Staatsaufträge erhalten und wegen der Waffenausfuhrbeschränkungen Mühe haben, für den Export ins Ausland zu produzieren. Wie passt denn das zur laufenden Initiative für ein totales Waffenausfuhrverbot aus der gleichen Parteiküche?

3. «Durchsichtiger» Wissenschafter-Vorschlag

«Wissenschafter fordern Kostenwahrheit», «die verdeckte Armeesubventionierung muss aufhören», verkünden lautstark die Professoren *Wittmann* und *Straubhaar*. Sie schätzen die indirekten Leistungen der Arbeitgeber für die im Militärdienst weilenden Mitarbeiter auf 2,8–3,2% des BSP. Es ist kaum zu glauben, dass sie diese Forderung einfach aus Transparenzgründen oder Mitleid mit den Arbeitgebern stellen. Die beiden Ökonomen sind denn auch erstaunt, dass die meisten Arbeitgeber diese «Gratis»-Leistungen als selbstverständlich betrachten und die alternativ empfohlene Berufsarmee nicht unterstützen wollen, da sie ebenso nicht gratis wäre. Aus den Arbeitgeber-Antworten schimmert durch, dass auch sie aus den Dienstleistungen ihrer Arbeiter und Kader einen gewissen **Nutzen ziehen** und dass die Privatwirtschaft, vorab die militärkaderstarken Banken und Versicherungen wissen, dass sie in ihrem Geschäft **von der Stabilität und der Vertrauenswürdigkeit der Schweiz direkt profitieren,** welche durch unsere Milizarmee seit Jahrhunderten gefördert und geschützt werden.

Gott sei Dank haben die meisten Chefs in der Privatwirtschaft noch Sinn für das Gemeinwohl und lassen daher ihre Mitarbeiter problemlos ihre Dienste regulär absolvieren. Wer seinen Militärdienstpflichtigen Schwierigkeiten bereitet, bewirkt, dass damit die Motivation der Einrückenden geschwächt wird und die Qualität der verschobenen Dienste in der Regel leidet.

Die Vorschläge der beiden Ökonomen betreffen längst bekannte Fakten und sind daher überflüssig. Sie tangieren aber das Ansehen der Armee, indem sie als **geldfressender Moloch** dargestellt wird, ohne auch nur irgendwie ihre vielen indirekten, oft unsichtbaren Vorteile zu erwähnen. Soll damit das Terrain für die Halbierungsinitiative vorbereitet werden?

4. Gefahren freiwilliger Unterstützung

Der Bundesrat offerierte der Stadtpolizei Bern für 10 Wochen die Bewachung ausländischer Botschaften durch Leute des **Festungswachtkorps.** Damit sollte der Stadtpolizei ein Abbau der Überstunden ermöglicht werden. Offenbar haben die Festungswächter ihre Arbeit so gut gemacht, dass die Polizei eine Verlängerung ihres Einsatzes beantragt hat, die aber abgelehnt wurde. Es ging dem ebenfalls personalknappen EMD um eine Überbrükkungshilfe an die Polizei und einen Trainingseinsatz, wie er bei Subsidiäraufträgen der neuen Territorialinfanterie zugunsten der Kantone in Zukunft ins Auge gefasst wird. Das kurze Intermezzo hat überdies ergeben, dass die rechtliche Zuständigkeit für die Bewachung von Botschaften und Konsulaten nicht klar ist. Mangels bundeseigenen Mitteln war bisher diese Aufgabe den Kantonen übertragen. Da die Risiken für diese Schutzobjekte in letzter Zeit gestiegen sind, drängt sich eine Klarstellung der Situation und eine Verbesserung der offensichtlich nicht ganz genügenden völkerrechtlichen Schutzpflicht auf. Die Armee tut aber gut daran, diese Aufgabe nicht «spontan» zu übernehmen, das österreichische Bundesheer wüsste ein Lied davon zu singen, was derartige **Daueraufgaben an Kosten und Nachteilen** bringen.

5. Stopp dem Abbau des Militärbudgets!

Die eidgenössischen Räte befinden in Kürze über das Budget 95 und damit auch über das nächste Militärbudget. **Wir Offiziere müssen dabei unseren Parlamentariern klarmachen, dass jeder weitere Abstrich dem beschlossenen Armeeleitbild 95 und damit auch der Ausbildung 95 zuwiderläuft.** Das Sparpotential beim EMD ist ausgeschöpft, die Friedensdividende erbracht. Das EMD darf nicht weiter als Steinbruch und Milchkuh dienen, wo die anderen Departemente ihre fehlenden Mittel ergänzen können. Nachweisbar wird in Zukunft jeder gestrichene Franken die den Soldaten versprochene Ausbildungsqualität verringern. Die Armee durch zusätzliche Mittelknappheit an der Erfüllung ihres sicherheitspolitischen Auftrags zu behindern, wäre letztlich **verfassungswidrig,** denn die Gewährleistung einer **einsatzbereiten Armee ist klarer Verfassungsauftrag.** Dazu gehören u.a.

- die rechtzeitige Bereitstellung der **4 Ausbildungsregionen,**
- die Beschaffung der längst benötigten **Drohnen** für die Aufklärung und die Artillerie,
- der Kauf der nötigen **Spezialausrüstung für die neuen Territorialformationen** vor ihrem ersten Dienst.

Wir müssen darauf bedacht sein, dass nicht nur die Schweizer Offiziersmesser, sondern die ganze Armee weltweit ihr hohes Ansehen und «Markenschutz» behalten! Oberst i Gst Ott